

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuß

88. Sitzung

am Freitag, dem 11. September 1998, 10:00 Uhr
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Berndt Steincke (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Fehlende Abgeordnete

Ursula Kähler (SPD)

Tagesordnung:	Seite
1. a) Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Gebäudemanagement Schleswig-Holstein Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/1525 Entwurf einer Satzung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH); Entwurf eines Generalpachtvertrages zwischen der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) und er Gebäudemanagement Schleswig-Holstein; Entwurf eines Rahmenmietvertrages zwischen der GMSH und dem Land Schleswig-Holstein; Entwurf eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der GMSH und der IB Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/2287	6
b) Einrichtung einer Zentralen Beschaffungs- und Servicestelle (ZBS) und Erlaß einer Landesbeschaffungsordnung Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/696	
c) Strukturreform in den Ministerien für Finanzen, Soziales und Justiz Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/697	
d) Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der Landesbauverwaltung in eine private Rechts- und Organisationsform Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P. Drucksache 14/698	
2. a) Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 14/147	7
b) Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenhängenden Europas Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/1389	
3. a) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002	8

Drucksache 14/1628

b) Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

- **Einzelplan 01**
- **Kapitel 1201**

- **Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**
Drucksache 14/14/1340

- **Einzelplan 02**

- **Einzelplan 03**
- **Kapitel 1203**

- **Modernisierungsprojekt „Budgetierung des Einzelplans 03 - Staatskanzlei“**
Vorlage des Chefs der Staatskanzlei
Umdruck 14/2043

- **Einzelplan 05**
- **Kapitel 1205**

- **Einzelplan 11**
- **Kapitel 1211**

4. Verschiedenes

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Vorsitzende regt an, sich in der heutigen Sitzung aus Zeitgründen auf die Beratung des Haushaltsentwurfs 1999 zu konzentrieren und die übrigen in der Einladung aufgeführten Punkte auf die Sitzung am Donnerstag, dem 24. September 1998, zu vertagen. - Der Ausschuß stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Punkte 1 und 2 der Tagesordnung:

1. a) Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung des Gebäudemanagement

Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1525

Entwurf einer Satzung der Gebäudemanagement Schleswig-Holstein (GMSH);

Entwurf eines Generalpachtvertrages zwischen der Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB) und er Gebäudemanagement Schleswig-Holstein;
Entwurf eines Rahmenmietvertrages zwischen der GMSH und dem Land Schleswig-Holstein;

Entwurf eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein, der GMSH und der IB

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie

Umdruck 14/2287

b) Einrichtung einer Zentralen Beschaffungs- und Servicestelle (ZBS) und Erlaß einer Landesbeschaffungsordnung

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/696

c) Strukturreform in den Ministerien für Finanzen, Soziales und Justiz

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/697

d) Entwurf eines Gesetzes zur Überleitung der Landesbauverwaltung in eine private Rechts- und Organisationsform

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/698

2. a) Lübecker Hafen in den Bund-Länder-Finanzausgleich

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/147

b) Resolution zur Regierungserklärung „Starke Länder in Deutschland - Basis eines zusammenhängenden Europas

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/1389

Wortmeldungen zu den Punkten 1 und 2 der Tagesordnung liegen nicht vor.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1998 bis 2002

Drucksache 14/1628

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 1999

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 14/1590

hierzu: Umdruck 14/2231

- **Einzelplan 01**
- **Kapitel 1201**

Abg. Döring gibt seinem Unmut über die bisher nicht realisierte **Vernetzung zwischen Landtagsverwaltung und Fraktionen** Ausdruck. DirLT Dr. Schöning merkt an, daß die Problematik in der Landtagsverwaltung wiederholt erörtert worden sei und daß zur Zeit Gespräche mit den Parlamentarischen Geschäftsführern geführt würden. Eine besondere Erschwernis bei der Lösung des Problems liege darin, daß die Datensicherheit für die Fraktionen eine besonders große Rolle spiele. Er werde den Hinweis von Abg. Döring zum Anlaß nehmen, so schnell wie möglich einen Zwischenbericht vorzulegen.

Der Vorsitzende wirft ein, daß eine Lösung der Datenschutzprobleme bei einer Beschränkung des Netzes auf den Landtag doch sicherlich schnell zu erreichen sei. DirLT Dr. Schöning stimmt diesem Argument im Prinzip zu, meint aber, daß mit einer derartigen Lösung erheblich höhere Kosten auf den Landtag zukämen. Abg. Astrup merkt an, daß genau dieser Aspekt die Parlamentarischen Geschäftsführer bisher davon abgehalten habe, zu einer Entscheidung zu kommen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden teilt LD Dr. Bäumler mit, daß ihm entsprechende Systeme in anderen Bundesländern nicht bekannt seien, allerdings warne er davor, die Vernetzung „schnell und im Hauruck-Verfahren“ vorzunehmen.

Der Ausschuß stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, nach der Herbstpause am Donnerstag, dem 29. Oktober 1998, das Thema auf der Grundlage des von DirLT Dr. Schöning angekündigten Zwischenberichts erneut zu beraten.

Auf eine Frage des Abg. Sager teilt DirLT Dr. Schöning mit, eine Entscheidung über die Einbindung des Landeshauses in die **Gebäudemanagement Schleswig-Holstein** sei noch nicht

gefallen. Voraussetzung für diese Einbindung sei die Erfüllung der in Umdruck 14/2138 dargestellten besonderen Anforderungen.

Abg. Döring bittet um eine Übersicht über die **juristische Beratung in den Verwaltungen der deutschen Parlamente**, um auf dieser Basis über das künftige Verhältnis von externem und internem Sachverstand diskutieren zu können. Als Termin für diese Diskussion schlägt der Vorsitzende Donnerstag, den 29. Oktober 1998, vor.

Zum Thema **Multimediale Präsentation** merkt DirLT Dr. Schöning auf eine Frage des Abg. Neugebauer an, Ziel sei es, das Image des Landtages zeitgemäß zu verbessern und nach außen darzustellen. Nach Klärung einiger Probleme sei er bereit, in einer der nächsten Sitzungen einen umfassenden Bericht zu geben. - Als Termin schlägt der Vorsitzende Donnerstag, den 29. Oktober 1998, vor.

DirLT Dr. Schöning teilt auf eine Frage des Abg. Sager mit, daß die **Wehrmachtausstellung** haushaltstechnisch völlig korrekt unter „Öffentlichkeitsarbeit“ veranschlagt worden sei, weil es sich dabei nicht um eine Veranstaltung des Landtagspräsidenten handele; die Kosten dieser Veranstaltung beliefen sich auf 170.000 DM.

Der Vorsitzende merkt zu einer Äußerung des Abg. Sager über das **Abgeordnetensymposium zum Thema „Moderne Steuerungsinstrumente im Landeshaushalt“** an, die ins Auge gefaßte Veranstaltung sei auf Veranlassung der finanzpolitischen Sprecher abgesagt worden, weil die Planungen nicht die in die Veranstaltung gesetzten Erwartungen erfüllten. Vorgesehen sei statt dessen die Teilnahme einer Delegation des Finanzausschusses an einem dreitägigen Seminar an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer im März 1999.

ORR Wentz teilt auf eine Frage des Abg. Sager mit, vorgesehen sei, die **Pförtnerie im Landeshaus** während des Tagesdienstes mit eigenen Kräften zu besetzen, einen privaten Wach- und Sicherheitsdienst jedoch nachts und am Wochenende einzusetzen. Das Gesamtkonzept sei allerdings noch nicht in vollem Umfang umgesetzt.

- **Bericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**
Drucksache 14/14/1340

(überwiesen am 14. Mai 1998 an den Innen- und Rechtsausschuß)

Hinweis: Der Innen- und Rechtsausschuß bittet die übrigen Ausschüsse, sich mit den in ihren Zuständigkeitsbereich fallenden Themen im Rahmen des **Selbstbefassungsgesetzes**

rechts zu beschäftigen und das Ergebnis der Beratungen dem Innen- und Rechtsausschuß mitzuteilen.

Der Ausschuß nimmt den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teil des Berichts ohne Aussprache zur Kenntnis.

- **Einzelplan 02**

Nach einer kurzen Einführung durch P Dr. Korthals nimmt der Ausschuß den Einzelplan 02 ohne Aussprache zur Kenntnis.

- **Einzelplan 03**

- **Kapitel 1203**

St Gärtner geht in seiner Einführung in den Einzelplan 03 auf die Fragen der Abg. Heinold zur **EXPO 2000** ein und stellt heraus, daß die Planungen abgeschlossen seien und daß das Land in keinem Fall mehr ausgeben werde, als im Landeshaushalt dafür vorgesehen sei. Eine Übersicht über die von Sponsoren zur Verfügung gestellten Gelder werde er zur gegebenen Zeit den finanzpolitischen Sprechern der Fraktionen zuleiten.

Abg. Sager fragt, ob die **Verringerung der Zahl der Referate in der Staatskanzlei** lediglich eine Umorganisation darstelle oder ob damit auch Kosteneinsparungen verbunden seien. St Gärtner antwortet, aus einer Reduzierung der Zahl der Führungskräfte von 27 auf 20 resultiere auch, daß die Staatskanzlei mit dem Personalkostentableau in Zukunft auskommen werde.

Abg. Döring spricht die Modernisierung der **Landeshaushaltsordnung** an und fragt, ob die Staatskanzlei die bisher befristete **Flexibilisierung des Haushaltsvollzugs** unbefristet fortzusetzen beabsichtige. St Gärtner antwortet, daß es sich bei diesem Modellvorhaben um einen Lernprozeß handele, der mit Sicherheit noch mit Fehlern behaftet sei. Die Staatskanzlei stehe auf dem Standpunkt, daß man auf dem eingeschlagenen Weg fortschreiten sollte, und sie sei bereit, das Projekt fortzuführen.

Die Frage des Abg. Döring, ob es möglich sei, zum Haushalt 2000 eine **produktbezogene Darstellung** auszuweisen, beantwortet OAR Dietze dahin, derzeit werde im Finanzministerium geprüft, welche Haushalte dafür geeignet seien. Abg. Döring bittet das Finanzministerium, gegen Ende des Jahres einen Bericht vorzulegen, ob und in welcher Form seinem Wunsch entsprochen werden könne.

Der Anmerkung von Abg. Steincke, daß die sogenannten **Controllingberichte** nichts anderes als einen Soll/Ist-Vergleich darstellten und daß die Staatskanzlei nicht der geeignete Bereich sei, um die ins Auge gefaßten Ziele auch wirklich zu erreichen, hält Abg. Kähler entgegen, daß die Beschäftigung mit dieser Thematik für die Mitarbeiter der Staatskanzlei „wahrlich kein Zuckerschlecken“ sei und daß die von den betreffenden Mitarbeitern geleistete zusätzliche Arbeit nicht hoch genug bewertet werden könne. Von Anfang an habe zwar Einigkeit darin bestanden, daß die Staatskanzlei am wenigsten für diese Aufgabe geeignet sei, aber sie sei der einzige Bereich, der voll und ganz hinter dem Modell gestanden habe und stehe.

Abg. Heinold verweist in diesem Zusammenhang auf den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 14/2313, wonach dem Haushalt 1999 modellhaft in einem Bereich eine **outputorientierte Veranschlagung und Steuerung** durchgeführt werden solle, und zitiert aus der Begründung, wonach diese Modellphase dazu diene, „die neue Zusammenarbeit zwischen Legislative und Exekutive zu erproben, das Berichtswesen kennenzulernen und Strukturen zu finden, die anschließend dem Parlament und der Verwaltung bei der Gesamtumstellung des Haushalts weiterhelfen“.

- **Modernisierungsprojekt „Budgetierung des Einzelplans 03 - Staatskanzlei“**
Vorlagen des Chefs der Staatskanzlei
Umdrucke 14/2043 und 14/2315

Die Vorlagen Umdrucke 14/2043 und 14/2315 nimmt der Ausschuß zur Kenntnis.

- **Einzelplan 05**
- **Kapitel 1205**
hierzu: Umdruck 14/2357 - Datenmaterial zu Epl 05

Abg. Neugebauer bittet um eine Auflistung über den **Stand der Steuerbeitreibung zum 31. Dezember 1997** und über die Entwicklung der Soll- und der Ist-Zahlen bei der **Steuerfahndung** und der **Betriebsprüfung**. - M Möller sagt dies zu.

Abg. Sager bitte um eine Übersicht über die bisher für **Stromsparuntersuchungen** aufgewendeten Mittel und um eine Aussage, welche Einsparungen letztlich erzielt worden seien. Außerdem bittet er um Auskunft darüber, ob die Landesregierung beabsichtige, weitere Mittel für Stromsparuntersuchungen bereitzustellen. - M Möller sagt eine schriftliche Antwort zu.

• Einzelplan 11

- hierzu: Umdruck 14/2360 - Datenmaterial zu Epl 11
Umdruck 14/2285 - Wirtschaftsplan 1999 NordwestLotto
Umdruck 14/2297 - Ausgabereise 1997
Umdruck 14/2305 - Am 31. Juli 1998 unbesetzte Planstellen und Stellen
Umdruck 14/2313 - Outputorientierte Veranschlagung und Steuerung

M Möller erklärt zu einer Äußerung des Abg. Sager, daß in einem **Erbschaftsteuerfall** ein Betrag von 170 Millionen DM angefallen sei, von dem allerdings nur ein kleiner Betrag für das Land Schleswig-Holstein verbleibe, daß er sich aus Gründen des Steuergeheimnisses nicht in der Lage sehe, dazu Stellung zu nehmen und die Zahl zu bestätigen. Schleswig-Holstein sei allerdings - so fährt M Möller fort - im ersten Halbjahr 1998 **Nehmerland im Länderfinanzausgleich** gewesen und werde als Folge einer einmaligen größeren Schenkung im dritten Quartal 1998 zum **Geberland**.

Abg. Neugebauer fragt, in welchem Umfang sich die für den Bereich der **Beihilfe** für 1998 beschlossenen Maßnahmen bereits auf den laufenden Haushalt auswirkten. St Dr. Lohmann antwortet, daß eine Aussage noch nicht möglich sei, da die beschlossenen Maßnahmen erst mit Wirkung vom 1. März in Kraft getreten seien. Der Vorsitzende bittet, den Finanzausschuß nach Abschluß des Haushaltsjahres 1998 einen schriftlichen Bericht darüber zu geben. - St Dr. Lohmann sagt dies zu.

Abg. Sager bittet, den Unterschied zwischen den Gesamteinnahmen des Kapitels 1101 und dem Steueraufkommen, das der Berechnung der **Finanzausgleichsmasse** zugrunde liegt, sowie den Kürzungsbetrag der Verbundgrundlagen des **kommunalen Finanzausgleichs** in Höhe von 38,44 Millionen DM zu erläutern. - M Möller sagt eine schriftliche Antwort zu.

Abg. Sager spricht die Verpflichtungsermächtigungen für den **Bau öffentlicher Gesamtschulen** an und erkundigt sich nach der Höhe des Baransatzes für das nächste Haushaltsjahr. M Möller trägt vor, daß das Finanzministerium lediglich die Gesamtsumme im Rahmen des Finanzausgleichs zur Verfügung stelle. Die Aufteilung auf die einzelnen Haushaltsjahre liege in der Verantwortung des Bildungsministeriums, und er werde die Frage zur schriftlichen Beantwortung weiterreichen.

Abg. Sager fragt, warum die Einnahmen aus der **Übertragung von bebauten Liegenschaften des Landes auf die Investitionsbank** von 250 Millionen auf 300 Millionen DM erhöht worden seien. M Möller antwortet, daß der Ansatz nach den ersten Bewertungen aktualisiert worden sei.

Abg. Peters erinnert an die Zusage des Finanzministeriums, den Finanzausschuß über die Liegenschaftsübertragung stets auf dem laufenden zu halten. M Möller legt dar, daß die Bewertung an verschiedene Unternehmen vergeben worden sei, von denen einige ihre Arbeiten noch nicht abgeschlossen hätten. Das Ergebnis werde das Ministerium mit dem Antrag auf Genehmigung der ersten Tranche im November vorlegen.

* * * * *

Der Vorsitzende regt an, aus Zeitgründen auf die Fortsetzung der Diskussion in der heutigen Sitzung zu verzichten und sie am Donnerstag, dem 24. September 1998, zusammen mit der Beratung über das Thema „Gebäudemanagement“ fortzusetzen. Im übrigen gibt er zu überlegen, Fragen zu den Einzelplänen schriftlich unmittelbar an das jeweils zuständige Ministerium zu richten.

Abg. Heinold bedauert, daß Themen „geschoben und geschoben und geschoben“ werden und plädiert dafür, gelegentlich auch einmal bis in die Abendstunden zu tagen. Der Vorsitzende merkt an, daß sein ursprünglicher Plan, jeden Donnerstag als Sitzungstag in Anspruch zu nehmen, jedenfalls nicht von ihm außer Kraft gesetzt worden sei.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Über die Freigabe der Verpflichtungsermächtigungen im Bereich der **Werfthilfe**, Umdruck 14/2342, und der **Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten**, Umdruck 14/2325, will der Finanzausschuß zu Beginn der gemeinsamen Sitzung mit dem Innen- und Rechtsausschuß und dem Europaausschuß am Montag, dem 14. September 1998, entscheiden.
- b) St Dr. Lohmann sagt auf eine Frage der Abg. Heinold zu, dem Finanzausschuß das **Kreditrahmenprogramm**, über das der Ausschuß bereits mündlich informiert worden sei, in Schriftform zukommen zu lassen.

Der Vorsitzende, Abg. Hay, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Hay

Vorsitzender

gez. Breitkopf

Geschäfts- und Protokollführer